Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, Naden & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 2.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 9.00 M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 7gespaltene Nonpareillezeile 90 Pf., Familienanzeigen 70 Pf., die 3gespaltene Reklamezeile 3 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Rabatt. Inserate sind im voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen kann nicht übernommen werden. Für Briefniederlegung 20 Pf.

Nr. 242a | Dresden, Sonntag den 19. Oktober 1919 | 30. Jahrg.

Der erlahmende Bolschewismus

Petersburg erobert

In später Stunde erhalten wir die Nachricht, daß Petersburg von Judenitsch genommen sei. Auch die Einnahme von Kronstadt durch die englische Flotte wird bestätigt. Aus Riga berichtet der Stab der Nordwestarmee, daß in den Straßen von Petersburg Kämpfe toben. Der Große Sowjet hat mit der Bahn die Stadt verlassen und ist nach Wologda übergesiedelt, da die Rote Armee sich geweigert hat, weiterzukämpfen, und die Disziplin nicht mehr aufrechterhalten werden konnte. Die Vororte von Petersburg waren bereits Freitag früh in den Händen der Nordwestarmee. Die Bolschewiki haben zuvor fast 10 000 Personen, größtenteils Bürger, als Geiseln in die Gefängnisse eingeliefert. Ihr Schicksal ist unbekannt.

Vor den Toren

Nach einer dem Reuterschen Bureau aus Helsingfors zugegangenen amtlichen Meldung hat die russische Nordwestarmee Krasnaja-Gorka und Zarskoje-Selo eingenommen.

Krasnaja-Gorka liegt am Eingang zur Bucht von Kronstadt, etwa 25 Kilometer von der Inselfestung und 50 Kilometer von Petersburg entfernt; von Zarskoje-Selo, dem alten Zarenschloß im Süden der Hauptstadt, sind sogar nur noch 20 Kilometer bis zu dieser.

Auch die Einnahme der Festung Kronstadt wird gemeldet.

Laut Telegraaf meldet Daily Expreß aus Helsingfors, daß die Beschießung der Festung durch die englische Flotte außerordentlich heftig gewesen sei.

Entsprechen alle diese Nachrichten der Wahrheit, so dürfte Petersburgs Schicksal entschieden sein. Freilich, diese Stadt ist nicht Rußland, dennoch würde ihr Fall weit mehr als einen bloß moralischen Verlust für die Sowjetregierung bedeuten.

Die andre westrussische oder besser wohl deutschrussische Armee Awalow-Bermont steht indes noch immer am linken Dünaufer.

Nach Helsingforser Nachrichten herrschte in Riga bei ihrem Vordringen vollständige Panik. Lettische Soldaten werfen ihre Waffen weg und plündern schwedische und dänische Warenniederlagen. Das Straßenbild ist v... ständig bolschewistisch. Weiber durazziehen mit Waffen die Straßen. Die Regierung Ulmanis hat fluchtartig Riga verlassen und befindet sich in Wenden. Estnische Soldaten weigern sich, für die englische Politik sich aufopfern zu lassen. Die Engländer selbst fühlen sich in Riga nicht mehr sicher und haben Angehörige der baltischen Landeswehr, die englische Armbinden tragen, zu ihrer Bewachung herangezogen.

Oberst Awalow und der Vorsitzende des „Rates von Westrußland" richteten an den litauischen Minister des Aeußern und die litauische Nationalversammlung in Kowno eine Note, in der sie unter Hinweis auf litauische Truppenzusammenziehungen im Raume von Schadow-Beissagola um Mitteilung der Gründe für diese Truppenansammlung ersuchen. Unter Betonung der Anerkennung der Wilsonschen Grundsätze und der vollen Souveränität Litauens wird die Hoffnung ausgedrückt, ein Bündnis mit Litauen gegen den gemeinsamen Feind, die Bolschewisten, zustandezubringen.

Die österreichische Koalition

Zwischen den beiden Regierungsparteien in Oesterreich ist eine schriftliche Vereinbarung geschlossen worden, die folgende allgemeine Grundsätze enthält:

Zur Lösung der dringendsten Aufgaben, insbesondere der staatsfinanziellen und der Verfassungsfragen, ist die Koalition notwendig. Die beiden Parteien sind einig darüber, ihr Verhalten auch außerhalb der Regierung so zu regeln, daß das Zusammenarbeiten in der Regierung möglich bleibt. Für die allgemeine Politik der Regierung und für die Regierungshandlungen, die einvernehmlich beschlossen worden sind, tragen beide Parteien solidarisch die Verantwortung. Es ist unzulässig, daß eine Partei die Verantwortung vor der Oeffentlichkeit abzuwälzen versucht; die Fraktionen übernehmen die Verantwortung für alle von ihren Mitgliedern ausgehenden parlamentarischen Aktionen. Die beiden Parteien werden ihre Presse in den Ländern und Gemeinden in dem Sinne zu beeinflussen bemüht sein, daß sie durch die Form ihrer politischen Kämpfe die Zusammenarbeit in der Staatsregierung und in der Nationalversammlung nicht gefährden.

Im besonderen werden beide Parteien ihre Angehörigen in geeigneter Weise darauf aufmerksam machen, daß es nicht angeht, wirtschaftliche Notstände, wie Ablehnung von Gehalts- und Lohnforderungen, die aus finanziellen Gründen nicht erfüllbar sind, parteipolitisch auszunutzen. Zur Aufrechterhaltung der Verbindung zwischen den koalierten Parteien bestimmen beide eine gleiche Anzahl von Vertretern, die auf Verlangen einer der beiden Parteien oder der Regierung zu Besprechungen zusammentreten. — Dann folgen eingehende Bestimmungen über die einzelnen Angelegenheiten, vor allem über die Finanzreform und die einmalige Vermögensabgabe.

Die Heimkehr aus England

Berlin, 18. Oktober. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Nach einer inoffiziellen mündlichen Meldung der englischen Waffenstillstandskommission an den Chef der Unterkommission für Kriegsgefangene bei der Waffenstillstandskommission in Düsseldorf werden die Transporte der deutschen Kriegsgefangenen aus den englischen Lagern in Nordfrankreich und Flandern am 20. Oktober beendet sein. Vom 22. Oktober an werden etwa 13 Tage lang täglich Transporte in Stärke von 2000 Mann aus den in England befindlichen Lagern über Dover-Calais eintreffen und nach Deutschland weitergeleitet werden.

Englands Schiffsverluste

Amsterdam, 18. Oktober. Nieuwe van den Dag meldet aus London, daß amtlichen Angaben zufolge Großbritannien während des Krieges infolge feindlicher Operationen im ganzen 2479 Schiffe mit einem Gesamtinhalt von 7 759 000 Tonnen eingebüßt hat. Hierbei gingen 14 287 Menschenleben verloren.

Das Berliner Schiedsgericht

Berlin, 18. Oktober. In der Verhandlung der Vertreter des Metallindustrieverbandes mit den Vertretern des Metallarbeiterverbandes am 18. Oktober im Reichsarbeitsministerium wurden die Unparteiischen des beschlossenen Schiedsgerichts im gegenseitigen Einverständnis endgültig gewählt. Die Parteibeisitzer werden von den Parteien selbst bestimmt. Das Schiedsgericht wird im Reichsarbeitsministerium tagen. Die Verhandlungen finden, nachdem die Unparteiischen in Kenntnis gesetzt sind, Dienstag den 21. Oktober vormittags statt.

Der zusammengebrochene Streik der Magistratshilfskräfte

Berlin, 18. Oktober. Nachdem der Streik der städtischen Hilfsangestellten zusammengebrochen ist, versucht die Streikleitung, die Entlassung der neuangestellten Arbeitskräfte durchzusetzen. Demgegenüber hält der Magistrat an dem Beschlusse fest, daß die neueingestellten Hilfskräfte ihre Stellen behalten. Die Streikenden werden in der Reihenfolge, in der sie sich wieder zur Arbeit melden nur soweit angestellt, wie Stellen frei sind. Es bleibt dabei, daß die neuen Tarifverhandlungen nur auf Grund der Schiedssprüche vom 30. April und 8. Oktober durchgeführt werden. Die Bezahlung der Streiktage ist abgelehnt worden.

Ende des Bremer Straßenbahnerstreiks

Bremen, 18. Oktober. Nachdem eine Einigung mit der Direktion herbeigeführt worden ist, erklärten sich die Arbeiter und Angestellten der Straßenbahn bereit, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Gegen den Frankfurter Verkehrsausschuß

Berlin, 18. Oktober. W. T. B. verbreitet nachstehende Meldung: Der bei der Frankfurter Eisenbahndirektion gebildete Verkehrsausschuß hat am 14. Oktober in öffentlicher Versammlung die Absetzung des Präsidenten und seiner Vertreter verkündet und gleichzeitig die Mitglieder des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes zum Rücktritt aus dieser Gewerkschaft zu veranlassen versucht, unter der Androhung, sie sonst aus ihrer Arbeit zu verdrängen. Dieser gesetzwidrige Eingriff in die Regierungsgewalt und der unerhörte Terrorismus gegen die Koalitionsfreiheit der Arbeitskameraden hat die Regierung veranlaßt, eine sachliche Stellungnahme zu den dem Präsidenten gegenüber erhobenen Forderungen solange abzulehnen, bis gleichfalls in öffentlicher Versammlung die Beschlüsse über die Absetzung der Beamten und gegen das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes zurückgenommen sind. Dem Verkehrsausschuß ist hierfür eine Frist bis Dienstag den 21. Oktober gesetzt worden.

Ausstand der Angestellten der städt. Straßenbahn

Berlin, 18. Oktober. Die Angestellten der städtischen Straßenbahn sind aus bisher unbekannten Gründen in den Ausstand getreten. Der Verkehr ist eingestellt. Entgegen anderslautenden Meldungen ist der Betrieb der Großen Berliner Straßenbahn nicht unterbrochen.

Der Betrieb der städtischen Straßenbahn ist jedoch nach kurzer Unterbrechung wieder in vollem Umfange aufgenommen worden.

Wir kaufen uns tot!

Aus dem Reichswirtschaftsministerium wird uns geschrieben:

Es hilft nichts: wir müssen uns ein für allemal mit dem Gedanken abfinden, daß Deutschland in dem unseligen Weltkrieg, zu dem im August 1914 die kriegsbesessenen Idealisten wie zu einem frischfröhlichen Jagen hinausgeritten sind, auf der Strecke geblieben ist, und daß nun überall, wohin wir auch sehen, die Aasgeier ihre Fänge in die blutende Wunde dieses lebendigen Leichnams schlagen. Diese Aasgeier kommen nicht etwa nur vom feindlichen Ausland, sie sitzen mitten zwischen uns selbst, und nutzen die Not des Landes aus, um sich gesund zu machen. Ob gerissene Schieber die gesetzlichen Einfuhrbestimmungen umgehen, ob der Kettenhandel Wucherpreise erzeugt, ob Landwirte Schwarzschlachtungen machen, Brotgetreide an das Vieh verfüttern, die Milch, die den städtischen Kindern und Kranken fehlt, in den Schweinetrog gießen, Kartoffeln zurückhalten und Getreide über die Grenze verschieben — überall sind es Genossen des eigenen Volkes, die sich auf diese Weise unmenschlich am Mitmenschen versündigen. Kein Wunder, daß da heimlicher Haß den Volkskörper zerwühlt und das feste Gefüge der nationalen Einheit unterminiert. Da glaubt sich ein jeder berufen, die Schuldigen zu brandmarken.

Aber der Kreis der Schuldigen ist damit noch nicht ganz erfaßt. Er reicht hinunter bis in die Reihen der geschädigten Konsumenten. Unter diesen selbst gibt es breite Schichten, die tagtäglich Dinge tun, die nicht weniger schädlich sind und unser Wirtschaftssystem nicht weniger ruinieren als Wucherer, Schieber und skrupellose Bauern. Das sind alle diejenigen, die das ohnehin schon entwertete Geld leichtsinnig für solche ausländischen Waren hergeben, deren Kauf geradezu ein Verbrechen an unserm Wirtschaftsleben ist. Die meisten wissen gar nicht, was sie tun, wenn sie tagtäglich ihr Päckchen englische Zigaretten, 10 Stück für 3,50 M. und noch teurer kaufen, wenn sie ausländische Schokolade das Pfund für 20 M. kaufen, wenn sie in ausländischem Kakao, das Pfund zu 16 M., schwelgen, wenn sie sich reinen Bohnenkaffee, das Pfund zu 15 M., leisten, wenn sie französische Seidenstoffe, englische Parfümerien, exotische Schmuckfedern und andre Luxusartikel erwerben, mit deutscher Papiermark bezahlen und durch dieses ins Ausland gehende Papiergeld unsre Valuta draußen noch tiefer herunterbringen, als sie schon steht. Unsre entwertete Papiermark ist gerade durch diesen Massenexport für Luxuswaren so tief gestürzt, daß wir kaum noch imstande sind, zu einem Preise, den man noch verantworten kann, Mehl, Fleisch, Fett und Milch vom Ausland einzukaufen.

Der Binnenländer hat kaum einen Begriff davon, wie es z. B. gegenwärtig an unsrer Westgrenze zugeht. Die Westgrenze existiert längs dem Besatzungsgebiet in Wirklichkeit nicht mehr. Sie ist zu einem einzigen ungeheuren „Loch im Westen" geworden, durch das ungeheure Ströme von nicht lebensnotwendigen ausländischen Industriefabrikaten hereinfluten, für die umgekehrt ungeahnte Massen von deutschem Papiergeld hinauswandern, die Valuta verwüstend. Jede Luxusmark, die auf diese Weise dort weggeht, bedeutet ein neues Stück Entbehrung an Fleisch, Fett und Milch, die wir dafür nicht nur kaufen, sondern bei besserer Valuta auch bedeutend billiger anschaffen könnten. An dem Loch im Westen kaufen wir uns allmählich tot! Mit diesen Luxuskäufen vergiften wir unser Wirtschaftsleben vollends.

Wir kennen die Menschennatur. Wir erinnern uns, daß der große Kant einmal das bittere Wort geschrieben hat: „Der Mensch ist ein Tier, das einen Herrn nötig hat!" Und wir wissen, daß er mit diesem Herrn die Willenskraft, die Charakterstärke, das Pflichtbewußtsein des Menschen gemeint hat. Es soll uns fern liegen, dem sinnlosen Walten der geschilderten Luxuskäufer mit Moralpredigten beikommen zu wollen. Aber das muß doch wohl erwartet werden, daß, wenn die meisten Menschen wüßten, was für wirtschaftliches Unheil sie mit diesem leichtsinnigen Ankauf ausländischer Luxusartikel über sich selbst und das leidende deutsche Volk bringen, doch wohl manchem das Gewissen schlagen muß und er seine Ankäufe auf das geringste Maß einschränken wird. Ueber Zigaretten, Schokolade, Seide und Schmuckwaren, also ausgesprochene Genuß- und Luxusartikel, ein weiteres Wort zu verlieren, lohnt sich nicht. Sie sind zu entbehren und müssen entbehrt werden; das leuchtet ohne weiteres ein. Dagegen werden wir uns mit unsern Hausfrauen nicht so einfach bezüglich Kaffee und Kakao einigen. Sie machen geltend, daß sie in dieser armseligen, entbehrungsreichen Zeit auf den bescheidenen Genuß des belebenden Kaffeearomas nicht verzichten möchten; ja sie behaupten, daß die Kaffeeinwürze im Verdauungsprozeß eine wohltätige Funktion ausübe. Man wird diesen Einwendungen ein gewisses Verständnis entgegenbringen können, und trotzdem darauf verweisen müssen, daß hier nicht das Kind mit dem Bade ausgeschüttet zu werden braucht. Es ist jeder deutschen Hausfrau möglich, einen würzigen Kaffee auf den Tisch zu stellen, der, wie früher, aus wohlschmeckender gebrannter Gerste, Roggen oder Weizen hergestellt ist, unter Zusatz von 10 oder 12 Bohnen echten Kaffees. In den

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19191019/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG